

**Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 31. Juli 2001****Beratung durch Roland Berger & Partner**

Im Rahmen der Neuordnung der Aufgabenwahrnehmung sind durch das Land bzw. die Stadtgemeinde Bremen mehrere Gutachten an das Beratungsunternehmen Roland Berger & Partner erteilt worden.

Wir fragen den Senat:

1. Welche Aufträge (Gutachtertätigkeiten und/oder Umsetzungstätigkeiten, weitere Tätigkeiten) sind seit dem 1. Januar 1998 im Einzelnen an das Beratungsunternehmen Roland Berger & Partner im Rahmen der Neuordnung der Aufgabenwahrnehmung
  - durch den Senat,
  - durch die Ressortserteilt worden, und welche Aufträge sind hierbei aus Ressorthaushalten bzw. aus zentralen Mitteln (betriebswirtschaftliche rentable Maßnahmen) finanziert worden?
2. Wie hoch waren die einzelnen Honorare der Aufträge seit dem 1. Januar 1998 an das Beratungsunternehmen Roland Berger & Partner?
3. Welche Honorare sind im Einzelnen bereits durch
  - a) Vorabzahlungen,
  - b) Abschlüsse einzelner Gutachtenan das Beratungsunternehmen Roland Berger & Partner geleistet worden?
4. Sind neben den Gutachter-Honoraren für das Beratungsunternehmen Roland Berger & Partner in den Zeiträumen der jeweiligen Gutachtenerstellung bzw. des jeweiligen Beratungsprozesses noch weitere mit den Gutachten bzw. der Beratung in Verbindung stehende Kosten (bspw. durch zusätzliche externe Beratungstätigkeit) entstanden? — Wenn ja, welche?
5. Welche finanziellen Mittel (Barmittel und Verpflichtungsermächtigen) sind für noch zu erstellende bzw. noch nicht abgeschlossene Gutachten des Beratungsunternehmens Roland Berger & Partner im bremischen Haushalt für die Haushaltsjahre 2002/2003 eingestellt?
6. In welchen Zeiträumen erfolgten bzw. erfolgen die jeweils zu erstellenden Gutachten des Beratungsunternehmens Roland Berger & Partner?
7. Wie hoch ist im Einzelnen das prognostizierte Einsparpotenzial für den bremischen Haushalt bis zum Jahre 2005 aufgrund der dem Einsparungseffekt zurechenbaren Gutachten, welche durch das Beratungsunternehmen Roland Berger & Partner erstellt wurden bzw. werden?
8. Wie hoch ist im Einzelnen das realisierte Einsparpotenzial für den bremischen Haushalt seit 1998 bis heute aufgrund der dem Einspareffekt zurechenbaren

Gutachten, welche durch das Beratungsunternehmen Roland Berger & Partner erstellt wurden?

9. In welchen Jahren und für welche Zeiträume müssen die einzelnen Ressorts für die Gutachten des Beratungsunternehmens Roland Berger & Partner aufgrund einer Vorfinanzierung betriebswirtschaftlicher Maßnahmen in ihren jeweiligen Ressorthaushalten Mittel für Rückflüsse einplanen?

Mützelburg, Dr. Helga Trüpel,  
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

D a z u

### **Antwort des Senats vom 28. August 2001**

Die o. a. Anfrage beantwortet der Senat wie folgt:

Zu Fragen 1. und 2.: Welche Aufträge (Gutachtertätigkeiten und/oder Umsetzungstätigkeiten, weitere Tätigkeiten) sind seit dem 1. Januar 1998 im Einzelnen an das Beratungsunternehmen Roland Berger & Partner im Rahmen der Neuordnung der Aufgabenwahrnehmung

- durch den Senat,
- durch die Ressorts

erteilt worden, und welche Aufträge sind hierbei aus Ressorthaushalten bzw. aus zentralen Mitteln (betriebswirtschaftliche rentable Maßnahmen) finanziert worden?

Wie hoch waren die einzelnen Honorare der Aufträge seit dem 1. Januar 1998 an das Beratungsunternehmen Roland Berger & Partner?

Der Senator für Finanzen hat dem Haushalts- und Finanzausschuss regelmäßig über den Sachstand über die im Rahmen des Neuordnungsprozesses in Auftrag gegebenen Beratungsaufträge und Darstellung der fiskalischen Auswirkungen berichtet, zuletzt zur Sitzung am 23. März 2001 (Vorlage 15/268 L). Der Ausschuss hat den Sachstand zur Kenntnis genommen und den Senator für Finanzen gebeten, bis zu den Haushaltsberatungen des Ausschusses erneut zu berichten.

Die Begleitung des Projektes zur Neuordnung der Aufgabenwahrnehmung durch die Beratungsfirma Roland Berger & Partner begann Anfang 2000. Seitdem wurden die in der Anlage zusammengefassten Aufträge erteilt. Hieraus ergeben sich auch die Honorare und deren Finanzierung. Die vorgesehene und bewilligte Umfang der Beratung wird während der Projektdurchführung hinsichtlich seiner Notwendigkeit ständig überprüft. Das hat bereits in einzelnen Projekten zu einer Reduzierung des eingeplanten Beratungsaufwands geführt.

Die zuständigen Deputationen werden laufend über den Fortschritt der Projekte, die von der Beratungsfirma Roland Berger & Partner begleitet werden, informiert.

Zu Frage 3.: Welche Honorare sind im Einzelnen bereits durch

- a) Vorabzahlungen,
- b) Abschlüsse einzelner Gutachten

an das Beratungsunternehmen Roland Berger & Partner geleistet worden?

Bei Gutachten ist vertraglich vereinbart worden, bei Beginn der Untersuchung ein Drittel sowie bei Vorlage des Gutachten-Entwurfs und bei Abnahme des Gutachtens jeweils ein Drittel des vereinbarten Honorars zu zahlen. Im Übrigen werden die Beratungsleistungen nachträglich abgerechnet.

Zu Frage 4.: Sind neben den Gutachter-Honoraren für das Beratungsunternehmen Roland Berger & Partner in den Zeiträumen der jeweiligen Gutachtenerstellung bzw. des jeweiligen Beratungsprozesses noch weitere mit den Gutachten bzw. der Beratung in Verbindung stehende Kosten (bspw. durch zusätzliche externe Beratungstätigkeit) entstanden? — Wenn ja, welche?

Über die in der Anlage genannten Honorare hinaus sind folgende Beratungskosten entstanden:

— Projekt „BremenPORTS“ (4. Phase):

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft FIDES 207.600 DM

— Gesellschaft für Bremer Immobilien (GBI)

Beratung zu Eigentums- und Privatisierungsmodellen für die Freie Hansestadt Bremen; PriceWaterhouseCoopers (PWC) 141.000 DM

Außerdem entstehen im Rahmen der Umsetzung der Projekte weitere Kosten, bei Bedarf auch zusätzliche externe Beratung.

Zu Frage 5.: Welche finanziellen Mittel (Barmittel und Verpflichtungsermächtigungen) sind für noch zu erstellende bzw. noch nicht abgeschlossene Gutachten des Beratungsunternehmens Roland Berger & Partner im bremischen Haushalt für die Haushaltsjahre 2002/2003 eingestellt?

Zur Begleitung und Qualitätssicherung der Staatsrätelenkungsgruppe zur „Neuordnung der Aufgabenwahrnehmung“, der Staatsräteklausur sowie der eingesetzten Steuerungsgruppen sind für die Haushaltsjahre 2002/2003 jährlich 1 Mio. DM vorgesehen. In den Ressorts werden evtl. weitere anfallende Kosten im Haushaltsvollzug bereitgestellt.

Zu Frage 6.: In welchen Zeiträumen erfolgten bzw. erfolgen die jeweils zu erstellenden Gutachten des Beratungsunternehmens Roland Berger & Partner?

Die Begleitung der genannten Gremien erfolgt kontinuierlich. Im Übrigen sind für die einzelnen Projekte von dem jeweiligen Auftraggeber Termine und Fristen mit der Beratungsfirma Roland Berger & Partner vertraglich vereinbart.

Zu Fragen 7. und 8.: Wie hoch ist im Einzelnen das prognostizierte Einsparpotenzial für den bremischen Haushalt bis zum Jahre 2005 aufgrund der dem Einsparungseffekt zurechenbaren Gutachten, welche durch das Beratungsunternehmen Roland Berger & Partner erstellt wurden bzw. werden?

Wie hoch ist im Einzelnen das realisierte Einsparpotenzial für den bremischen Haushalt seit 1998 bis heute aufgrund der dem Einspareffekt zurechenbaren Gutachten, welche durch das Beratungsunternehmen Roland Berger & Partner erstellt wurden?

Ziel ist es, im Jahr 2005 einen verfassungskonformen Haushalt aufzustellen. Um die Deckungslücke im Betriebshaushalt von ca. 850 Mio. DM durch Einnahmeerhöhungen und Ausgabenabsenkungen zu schließen, müssen die Ressorts umfassende Umbaustراتيجien entwickeln und die erforderlichen Umsetzungsschritte in die Wege leiten. Hierbei geht es nicht nur um die finanzwirtschaftliche Konsolidierung, sondern auch um eine umfassende Innovation der Verwaltung. Daher hat der Senat den Veränderungsprozess zur Neuordnung der Aufgabenwahrnehmung eingeleitet, die Gremien werden hierbei von der Beratungsfirma Roland Berger & Partner begleitet.

Detaillierte fiskalische Auswirkungen der zentralen Beratung und Qualitätssicherung der Staatsrätelenkungsgruppe, Staatsräteklausur und der Steuerungsgruppen durch Roland Berger & Partner sind nicht unmittelbar zuordnungsfähig. Die gewählte Organisation des Prozesses der Neuordnung der Aufgabenwahrnehmung dient der Schaffung der erforderlichen Infrastruktur für die konsequente Fortführung der Sanierung der Haushalte und der Zukunftssicherung der Freien Hansestadt Bremen.

Der Senat hat im Zusammenhang mit dem Beschluss über den Finanzrahmen 2001/2005 am 6. März 2001 im Übrigen darauf hingewiesen, dass die mit externer Unterstützung begonnenen Prüfprozesse zur Neuordnung der Aufgabewahrnehmung bisher erst in Einzelfällen einen Stand erreicht haben, der den Bereichen die Entwicklung sanierungskonformer Konsolidierungsstrategien ermöglicht. Die Einhaltung der konsumtiven Eckwertvorgaben im weiteren Finanzplan-Zeitraum setzt die Entwicklung und Vorlage schlüssiger (Ressort-)Strategien voraus. Der Senat hat die jeweiligen Ressorts gebeten, die erforderlichen Umsetzungsschritte — soweit sie bereits Auswirkungen in den Jahren 2002/2003 haben — in die weitere Haushaltsaufstellung einzubeziehen. Auf seiner Sitzung am 19. Juni 2001 hat der Senat die Berichte der Ressorts über den jeweils erreichten Zwischenstand zur Entwicklung der Ressortstrategien zur Kenntnis genommen und die Staatsräteklausur gebeten, den Prozess, auch in Erörterung mit dem politischen Bereich, zu begleiten.

Aus dieser Beschlusslage ist zu ersehen, dass es bei dem derzeitigen Beratungsstand nicht möglich ist, das Einsparpotenzial für den bremischen Haushalt bis 2005 zu prognostizieren. Im Mittelpunkt steht die Einhaltung der konsumtiven Eckwertvorgaben im Finanzplan-Zeitraum. Der Senat hat inzwischen die Haushaltsentwürfe für 2002/2003 beraten und an die Bremische Bürgerschaft weitergeleitet.

In den bisher von der Beratungsfirma Roland Berger & Partner vorgelegten Ergebnissen der größeren Untersuchungsfelder Stadtamt, BremenPORTS, Liegenschaften sowie Justizvollzug sind folgende Einsparpotenziale bzw. Einnahmeverbesserungen aufgezeigt worden:

- Im Stadtamt werden neben einer grundlegenden Neuausrichtung der Dienststelle in Richtung Kundenorientierung Einnahmeverbesserungen bis zu 3 Mio. DM jährlich erwartet.
- Im Abschlussbericht zur Einrichtung einer „BremenPORTS“ werden bis 2005 Einsparungen von rund 25 Mio. DM erwartet.
- Der Untersuchungsbericht zur Reorganisation des Justizvollzuges unterstellt ein Gesamtkonzept mit einem zweistufigen, eng verzahnten Vorgehen. Er geht bei Umsetzung der Empfehlungen von folgenden jährlichen Einsparungen aus:
  - Für den Zeitraum der I. Stufe (Kurz- und mittelfristige Optimierung):  
vorübergehend bis zur Realisierung eines Neubaus bis zu 5,1 Mio. DM,
  - Nach Umsetzung des integrierten Gesamtkonzepts (Stufe I u. II) mit strategischer Neuausrichtung im Zusammenhang mit dem Neubau einer JVA sowie einer Modernisierungsoffensive (Einsparzenario I: 700 Haftplätze): 2,2 – 2,7 Mio. DM oder (Einsparzenario II: 550 Haftplätze): 3,8 – 4,0 Mio. DM.
- Für den Bereich Liegenschaften ist eine konkrete Benennung von Einsparpotenzialen schwierig. Der Bericht von Roland Berger & Partner zeigt auf, dass beispielsweise durch Flächenoptimierung mittelfristig bis zu 20 % des Gebäudebestandes veräußert werden können und die Verkaufserlöse zur Sanierung des verbleibenden Gebäudebestandes genutzt werden könnten. Die dort aufgezeigten Prämissen sind Grundlage der jetzt anstehenden Umsetzung der Beseitigung des Sanierungsstaus. Neben anderen haushaltsentlastenden Maßnahmen, vor allem im Personalbereich, durch die Neuaufstellung der Gesellschaften und Betriebe, wird eine konsequente Flächenoptimierung zu Einsparungen in Millionenhöhe führen.

Die Umsetzung der Empfehlungen von Roland Berger & Partner ist wegen der tiefgreifenden Veränderungen der gegenwärtigen Organisationsstrukturen mit teilweise erheblichen personellen Auswirkungen ein längerer Prozess. Im Liegenschaftswesen und in der Hafenverwaltung vollzieht sich ein schwieriger und sehr komplexer Entwicklungsprozess, der nicht in wenigen Monaten zu bewältigen ist.

Zu Frage 9.: In welchen Jahren und für welche Zeiträume müssen die einzelnen Ressorts für die Gutachten des Beratungsunternehmens Roland Berger & Partner aufgrund einer Vorfinanzierung betriebswirtschaftlicher Maßnahmen in ihren jeweiligen Ressorthaushalten Mittel für Rückflüsse einplanen?

Aus der beigefügten Anlage ist zu ersehen, dass die Ressort-Projekte „Justizvollzug“ und „Polizei Bremen“ als betriebswirtschaftlich rentable Maßnahmen vorfinanziert worden sind bzw. werden. Für das Projekt „Justizvollzug“ sind ab 2001 jährlich 40.000 DM zurückzuzahlen. Für das Projekt „Polizei Bremen“ wird nach Abschluss der Untersuchung eine Wirtschaftlichkeitsberechnung mit einer Refinanzierung vorgelegt; die Rückzahlung ist für die Jahre 2003 bis 2006 vorgesehen.

Über die Refinanzierungsraten des Projektes „Sicherstellung und Unterstützung der Arbeit der Bürgerschaft“ entscheidet nicht der Senat.

**Neuordnung der Aufgabenwahrnehmung - Maßnahmen und Finanzierung -**

Maßnahme	Gesamtkosten	Finanzierung „Allgemeine Finanzen“	Finanzierung „Betriebswirtschaftlich rentable Maßnahmen“	Finanzierung im Rahmen der Senatorenbudgets
Startaudit / Begleitung / Qualitätssicherung der Staatsrätelementarungsgruppen / der Steuerungsgruppen / der Staatsräteklauseur	1.745.100 DM	1.277.100 DM		468.000 DM
Qualitätssicherung einzelner Projekte	148.000 DM	32.000 DM		116.000 DM
Bildung / Liegenschaften	1.035.000 DM	224.000 DM		811.000 DM
Liegenschaften	837.000 DM	139.500 DM		697.500 DM
Gesellschaft für Bremer Immobilien (GBI) Konzept Portfoliomanagement	348.000 DM			348.000 DM (Finanzierung durch GBI)
Ressortstrategie Inneres, Kultur und Sport	80.400 DM			80.400 DM
Stadtamt	418.900 DM	90.600 DM		328.300 DM
Polizei Bremen	1.055.000 DM		1.055.000 DM	
Justizvollzug	566.700 DM		191.700 DM	375.000 DM
Ressortstrategie Bildung und Wissenschaft (bis zu...)	608.200 DM			608.200 DM
Schulverwaltung	197.100 DM			197.100 DM

Maßnahme	Gesamtkosten	Finanzierung „Allgemeine Finanzen“	Finanzierung „Betriebswirtschaftlich rentable Maßnahmen“	Finanzierung im Rahmen der Senatorenbudgets
<b>Schlüsselprojekte im Ressort Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales</b>				
Sozialzentren Phase 1	443.500 DM			443.500 DM
Phase 2	1.221.300 DM			1.221.300 DM
Arbeitsförderung	972.200 DM			972.200 DM
Steuerungsprojekt sen. Dienststelle	345.000 DM			345.000 DM
Landesuntersuchungsamt	89.000 DM	19.000 DM		70.000 DM
Ressortstrategie Bau und Umwelt	250.000 DM			250.000 DM
Grünbereich 1. Phase	30.000 DM	6.000 DM		24.000 DM
2. Phase	281.500 DM			281.500 DM
BremenPORTS: 1. + 2. Phase:	739.000 DM	160.000 DM		579.000 DM
3. Phase	754.000 DM			754.000 DM
4. Phase	301.600 DM			301.600 DM
Rechnungshof	50.300 DM	50.300 DM		
Bremische Bürgerschaft	528.000 DM		528.000 DM	
<b>zusammen:</b>	<b>13.044.800 DM</b>	<b>1.998.500 DM</b>	<b>1.774.700 DM</b>	<b>9.271.600 DM</b>